

## Perspektiven für den ehemaligen Bahnhof Märzfeld als Erinnerungsort

Hier: Vermittlungskonzept und Finanzierungsvorschlag

### 1. Grundlagen

Die Stadt Nürnberg trägt als Eigentümerin für die Bauten auf dem ehemaligen Reichsparteitagsgelände eine besondere Verantwortung. Sie gemahnen an das dunkelste Kapitel der Stadtgeschichte und die Rolle Nürnbergs in der Zeit des Nationalsozialismus. Für die Schrecken des NS-Regimes stehen insbesondere die Überreste des nicht fertiggestellten Bahnhofs Märzfeld, dessen Gleisanlagen weiterhin genutzt werden und der im Eigentum der Deutschen Bahn ist. An die hier während des Zweiten Weltkrieges ankommenden Kriegsgefangenen sowie Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter erinnerte die Stadt in der Vergangenheit ebenso wie an die über den Bahnhof Märzfeld vorgenommenen beiden Deportationen der jüdischen Bevölkerung aus Nordbayern in den Jahren 1941 und 1942.

In der NS-Zeit war die Nürnberger Stadtverwaltung selbst Akteurin, Unterstützerin und Profiteurin sowohl bezogen auf den Einsatz von Kriegsgefangenen und ziviler Zwangsarbeit bei unterschiedlichen kommunalen Dienststellen als auch gemeinsam mit staatlichen Stellen bei der Planung und Vorbereitung der Deportationen sowie der Verwertung des zurückgelassenen Vermögens. Als Geschäftsführer des zuständigen „Zweckverbands Reichsparteitag Nürnberg“ stellte zudem der nationalsozialistische Oberbürgermeister Willy Liebel ein Lagerareal auf dem Reichsparteitagsgelände der Staatspolizeistelle Nürnberg-Fürth zur Internierung der zu Deportierenden zur Verfügung. Die Erinnerungsarbeit am Bahnhof Märzfeld ist daher auf Grund von dessen regionaler Bedeutung in Zusammenhang mit den nationalsozialistischen Massenverbrechen für die Stadt Nürnberg ein wichtiger Baustein zur Vermittlung der historischen Zusammenhänge am ehemaligen Reichsparteitagsgelände – auch wenn das Bahnhofsareal eigentumsmäßig nicht in städtischer Verfügungsgewalt steht. Die Einbindung des historischen Orts Bahnhof Märzfeld in die historisch-politische Bildungsarbeit wird umso wichtiger, wenn in den kommenden Jahren in nächster Nähe auf einem Teil des früheren Prinovis-Areals ein neuer kommunaler Schul- und Bildungskomplex entsteht.

Bereits am 04.03.2016 legte die Kulturverwaltung erste Vorschläge für eine Verbesserung des räumlichen Umfelds und der Aufenthaltsmöglichkeiten sowie der Sichtbarmachung der historischen Spuren wie der Bahnhofsfassade vor. Über die notwendigen Maßnahmen und nächsten Schritte besteht Einigkeit mit der Deutschen Bahn. Selbiges gilt auch betreffend der in Punkt 2 vorzustellenden inhaltlichen Konkretisierung. Ebenso konnten mittlerweile die für die Umsetzung benötigten Kosten gemeinsam durch die Kulturverwaltung und die Deutsche Bahn valide geschätzt werden. Unter Punkt 3 wird hierauf eingegangen.

### 2. Vermittlungskonzept

An der bisherigen Einschätzung des Dokumentationszentrums Reichsparteitagsgelände, die Gesamtgeschichte des ehemaligen Reichsparteitagsgeländes in der neuen Dauerausstellung zu erzählen und am ehemaligen Bahnhof Märzfeld keine gesonderte Ausstellung einzurichten, wird festgehalten. Neben der denkmalgerechten Sicherung der historischen Fassade, der Begehrbarkeit der davorliegenden Freifläche und des dauerhaften Rückschnitts des Böschungsbewuchses sollen die Informationsmöglichkeiten vor Ort erheblich verbessert werden. Hierzu zählt die Versetzung der vorhandenen Informationsstelen des Geländeinformationssystems und deren Aktualisierung ebenso wie die Anbringung weiterer Elemente.

Vor allem die sichtbare Schaufassade des unfertig gebliebenen Bahnhofs, die gleichfalls für die Herrschaftsrepräsentation der Nationalsozialisten steht und auf die ankommenden Parteitagsteilnehmer wirken sollte, eignet sich – im Sinne von „Faszination und Gewalt“ – für das Gedenken an die am Bahnhofsareal angekommenen oder dort bzw. auf dem Lagerareal gestorbenen Opfergruppen der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. Die Namen der Herkunftsländer sollen daran auf Deutsch und in der jeweiligen Landessprache angebracht werden. Die individuelle Nennung von Opfernamen ist angesichts der schätzungsweise bis zu 150.000 Menschen sowie der ungesicherten Quellenlage nicht vorgesehen.

Daneben sollen die heute provisorisch verschlossenen elf Nischen mit Thementafeln versehen werden. Die Tafeln sollen Auskunft geben über die Rolle des Bahnhofs Märzfeld während der Reichsparteitage, im Kontext von Kriegsgefangenschaft und Zwangsarbeit, die beiden Deportationen der jüdischen Bevölkerung und allgemein zur Rolle der Reichsbahn im Zweiten Weltkrieg. Bei den Materialien der Informationsträger ist auf Witterungsbeständigkeit und Vandalismusresistenz zu achten, da kein dauerhaftes Aufsichtspersonal vor Ort vorgesehen ist. Von medientechnischen Installationen wird daher abgeraten. Für vertiefende Inhalte sowie als Leitsystem vom Dokumentationszentrum aus dient die vorhandene Smartphone-App „Das Gelände“. Vor Ort angebrachte QR-Codes könnten diese unterstützen und darin integriert werden.

Das Innere hinter der Bahnhofsfassade soll wie die Aufgänge zu den Bahnsteigen weiterhin unzugänglich bleiben. Ein erhöhter Anbau zum Überblick auf die Gleisanlagen wäre in einer Fortentwicklung des Konzeptes angedacht. Aus Sicherheits- und Pflegegründen soll die Freifläche vor der Fassade nachts durch einen Zaun verschließbar sein. Auf eine barrierefreie Zugänglichkeit wird besonderer Wert gelegt.

Detaillierte Informationen sind der Anlage zur Beschlussvorlage zu entnehmen. In seiner Sitzung am 10. Februar 2023 befürwortete der unabhängige Wissenschaftliche Beirat für den historischen Ort Reichsparteitagsgelände einhellig das skizzierte Konzept.

### **3. Finanzierungsstruktur**

Die eingeholten Erkundigungen der Kulturverwaltung und der Deutschen Bahn ergaben für die Realisierung der Konzeption Gesamtkosten in Höhe von rund 120.000 Euro. Davon würden auf die denkmalgerechte Vorbereitung der Fassade durch Reinigung und Vermauerung von Öffnungen etwa 23.000 Euro entfallen, zur Herrichtung der Freifläche und barrierefreien Neuanlage inklusive Beleuchtungselementen 40.000 Euro. Die Produktionskosten der Informationsträger zu den Herkunftsländern und den Themen in den Wandnischen würden je nach Ausführung rund 40.000 Euro betragen. Die Kosten zur Versetzung der bestehenden Informationsstelen auf die Freifläche und der Rückbau am jetzigen Standort würden bei 11.000 Euro liegen. Die Recherchen und Erstellung der Texte würden durch das Dokumentationszentrum Reichsparteitagsgelände als weiterer städtischer Beitrag erfolgen. Analog zur seit 2006 etablierten Einrichtung des Geländeinformationssystems am ehemaligen Reichsparteitagsgelände würde die Stadt Nürnberg die Kosten für die Erstellung und Anbringung der Informationsträger aufbringen, die in ihrem Eigentum verblieben. Die Deutsche Bahn würde die Fassade denkmalgerecht sichern und deren dauerhaften verkehrssicheren Zustand garantieren. Die begrünte Vorfläche davor würde im Bahneigentum verbleiben, aber der Stadt Nürnberg zur historischen Kontextualisierung kostenfrei überlassen werden. Im Gegenzug würde die Stadt die ohnehin auf dem Rad- und Fußweg zwischen Thomas-Mann- und Groß-Strehlitzer Straße stattfindende Grün- und Wegepflege auf diese Fläche ausweiten. Neu wäre gegebenenfalls ein Schließdienst während der Nachtstunden, was den Pflegeaufwand und die Gefahr der Vermüllung mindern könnte.

Etwaige Fördermöglichkeiten wurden seitens des Stadtplanungsamts besonders in Hinblick auf die Gesamtquartiersentwicklung geprüft. Als staatlicher Konzern fallen für die Deutsche Bahn AG als Eigentümerin des Bahnhofsareals nach Rücksprache mit dem Bezirk von Mittelfranken Städtebaufördermittel aus. Gleiches gilt für die Förderrichtlinien bei der Beauftragung der Bundesregierung für Kultur und Medien wie auch beim Staatsministerium für Unterricht und Kultus betreffend Gedenkstätten und Denkmalpflege.

Indirekte Verbesserungen zur Erschließung der zwischen den Bahntunneln gelegenen Fläche des Bahnhofs Märzfeld sollen aber bei der künftigen Quartiersentwicklung hinsichtlich der Schulerschließung oder der weiteren Radwegeerschließung zwischen Langwasser-Nord und -Süd im Blick behalten werden. Hier könnte die Etablierung von Informations- und Aufenthaltsmöglichkeiten am Erinnerungsort Bahnhof Märzfeld hilfreich sein. Entsprechende infrastrukturelle Entwicklungen sind jedoch frühestens ab 2027 zu erwarten. Dagegen soll die aktuell günstige Gelegenheit im Einvernehmen mit der Deutschen Bahn AG genutzt und die Etablierung eines Erinnerungsorts am ehemaligen Bahnhof Märzfeld bis zum Jahr 2025 umgesetzt werden, wenn sich die Befreiung des Kriegsgefangenenlagers Langwasser zum 80. Mal jährt. Die Stadt Nürnberg trägt hierzu inhaltlich-konzeptionell und finanziell einen Anteil bei.